

Die Entmündigung der Sinne - Alltag und Politik in der industriellen Risikogesellschaft

Prof. Dr. Ulrich Beck, geb. 1944, aufgewachsen in Hannover, Studium der Soziologie, Politikwissenschaft, Psychologie und Philosophie vor allem in München, Lehrstuhl für Soziologie an der Universität Bamberg, verantwortlicher Herausgeber der „Sozialen Welt“, Schwerpunkte in Forschung und Veröffentlichungen: Beruf, Arbeit, soziale Ungleichheit, Verwendung und Wirkung von Soziologie.

Die atomaren und chemischen Katastrophen des vergangenen Jahres haben auch tiefe Spuren in der Alltagssprache hinterlassen. Wortungetüme, Buchstabenstummel, die das, was mit ihnen droht, in der Sprachform schon vorwegnehmen (GAU, rem, usw.) haben sich einen sicheren Platz auf der ersten Seite der Tageszeitungen erobert. Mehr noch: Sie haben sich in unser Über-Ich eingeschlichen, eingenistet und terrorisieren nun konsequent unseren Alltag. Diese Neusprache, die noch eine völlig unbegriffene Stufe der „Not-Verwissenschaftlichung“ des Alltags anzeigt, symbolisiert zugleich eine Reduktion von Lebenswelt auf Technik, deren Ausmaß nur noch übertroffen wird durch die *Bedeutungsleere*, die dadurch Einzug hält. Um die Frage nach den kulturellen und sozialen Konsequenzen haben sich die Techniker nicht bemüht. Das war auch nicht ihre Aufgabe. So lebt und denkt aber alle Welt in den Termini einer Sprache, die technische Beherrschung und ökonomischen Nutzen suggeriert - also Handlungsmöglichkeiten voraussetzt, die mit der Verseuchung von Gemüse und Milch nichts zu tun haben, und die durch die Katastrophen, denen sie ihren Siegeszug verdanken, gerade vor aller Welt in Frage gestellt wurden. Also: Die Rationalitätsgebäude der Technikwissenschaften brechen zusammen - aber wir ziehen ein, müssen in ihnen leben. Die Falsifizierten sind die Herrscher unseres Alltags.

Im Schock der Ereignisse wurde auf diesen Eintritt des wissenschaftlich völlig Unwahrscheinlichen, Ausgeschlossenen nach dem vertrauten Muster reagiert: individuelles Hakenslagen. Das real existierende „Restrisiko“ - so klang es aus den Ministerien und von den Bildschirmen - soll durch „persönliche Verantwortung“ der einzelnen kompensiert werden. Dieser Zusammenhang zwischen dem Anwachsen der Gefahren, der Unmöglichkeit ihnen auszuweichen, politischer Abstinenz und dem Verkünden und Verkaufen von privaten Ausweichmöglichkeiten ist bis heute ungebrochen. Er verdeckt, daß die (katastrophale) Ausnahme die lange verdrängte Regel zu Bewußtsein bringt: den Alltag im Atom- und Chemiezeitalter. Unter dem Deckmantel der Normalität hat sich längst eine *Verfassungsänderung unserer Lebensführung* ereignet.

Diese soll hier von drei Seiten beleuchtet werden: die Enteignung der Sinne; das Zerschneiden des industriellen Fortschrittkonsens; und die Klassen, Schichten, Nationalstaaten, Militärblöcke übergreifende Dynamik der Gefahr.¹

Die Enteignung der Sinne

Die kulturelle Tiefenwirkung der Veränderung wird bewußt, wenn wir uns am Beispiel von Tschernobyl die Frage stellen: Was wäre geschehen, wenn die Wetterdienste versagt, die Massenmedien geschwiegen, die Experten sich nicht gestritten hätten? *Niemand von uns hätte etwas bemerkt*. Wir sehen, hören weiter, aber die Normalität unserer sinnlichen Wahrnehmung täuscht: Vor dieser Gefahr versagen unsere Sinne. Wir, alle, eine ganze Kultur sind auf einen Schlag erblindet im Sehen (taub geworden im Hören usw.). Was beides meint: die Unfaßlichkeit einer für unsere Sinne unveränderten Welt und die hinter den Dingen steckende, unserer ganzen Aufmerksamkeit verschlossenen Verseuchung und Gefahr. Mit dem Atomzeitalter entsteht eine *Verdoppelung* der Welt. Die Welt hinter der Welt, die uns unvorstellbar bedroht, bleibt unseren Sinnen ein für allemal unzugänglich. Dies gilt auch dann, wenn der Grad der Verseuchung „ungefährlich“ ist. Die Universalität der Bedrohung und die pauschale Entwertung der Sinne in der Gefahr geben der Debatte um Grad und Gefährlichkeit der Verseuchung, die öffentlich tobt und sich noch ganz in der Magie physikalischer Formeln verirrt hat, erst ihren tiefen kulturellen Hintersinn und ihre soziale Brisanz.

Mit dem Atomzeitalter haben sich die Besitzverhältnisse im Zugriff auf Wirklichkeit grundlegend verändert. In einer berühmten Analogie gesprochen: Die private Verfügung über die Wahrnehmungsmittel ist aufgehoben worden. Die Sinne sind - in der vollen Pracht ihrer Wirklichkeitsbilder - *enteignet, entmündigt* worden. Uns ist es nicht anders ergangen als den Salatköpfen: Ebenso wie der Salat (grün, frisch und knackig wie immer), der verseucht ist oder als verseucht gilt (dieser Unterschied wird unerheblich), in den Händen seines Besitzers ökonomisch verdorrt ist, ebenso sind unsere Sinne im Angesicht der atomaren Gefahr nutz- und funktionslos geworden. Worüber wir uns durch ihre volle Funktionstüchtigkeit nur zu leicht und gerne hinwegtäuschen lassen.

Anders gewendet heißt dies: Die Wirklichkeit der Gefahr wird immer und notwendig *zentralisiert verwaltet*. Wir sind dem Wirrwarr gesellschaftlicher Institutionen - Wetterdienste, private Unternehmen, Massenmedien, Ministerien, Experten und Gegenexperten - ausgeliefert. Ohne gesellschaftlich aufbereitetes und entsprechend zurechtgebogenes „Wissen“ im Alltag kein Gefahrenbewußtsein. Das heißt allerdings nicht: keine Gefahr. Die Objektiv-

¹ Dabei handelt es sich nur um wenige, ausgewählte, auch im Folgenden nur verkürzt darzustellende Gesichtspunkte, die die Rede von der „industriellen Risikogesellschaft“ nicht hinreichend rechtfertigen können. Siehe dazu ausführlich Ulrich Beck, *Risikogesellschaft - Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt (Suhrkamp) 1986, wo wesentlich andere Argumentationslinien, z. B. auch die Enttraditionalisierung sozialer Klassen im Zuge der wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsentwicklung und die damit einhergehende „Individualisierung sozialer Ungleichheit“ herausgearbeitet werden.

vität der jenseits unserer sinnlichen Zugriffsmöglichkeiten liegende Gefahr ist die eine Sache; die andere ist die Konstruktion der Gefahrenwirklichkeit durch die gesellschaftlichen Instanzen, und eine dritte das alltägliche Wissen um die Gefahr, das immer ein „Wissen“ aus vierter Hand bleibt und im Widerspruch zur unveränderten Wahrnehmungswirklichkeit und zu der Lähmung, dem Schrecken, den es verbreitet, *Glauben* finden muß. Alle drei Größen variieren unabhängig voneinander. So ist es nicht verwunderlich, daß die Extreme dicht beieinander liegen. Auf Zeiten radikaler Beunruhigung folgen Zeiten aggressiver Ruhe. Beide Reaktionen können dieselbe Ursache haben: die Unvorstellbarkeit einer Gefahr, mit der man dennoch leben muß.

Um die private Verfügung der Produktionsmittel ist bekanntlich mehr als ein Jahrhundert gestritten und gekämpft worden. So schief dieser Vergleich ist: Um die Aufhebung der privaten Verfügung über die Wahrnehmungsmittel wurde gar nicht erst gestritten. Sie war nirgendwo Thema, steht in keinem Parteiprogramm, hat keinen parlamentarischen Hürdenlauf vor oder hinter sich. Um so nachdrücklicher und schneller ist sie vollzogen worden. Wir sind in Sachen Gefahr entmündigt. Der Bürger ist im Atomzeitalter der Souveränität seiner Sinne und damit der Restsouveränität seines Urteils beraubt worden. Wir alle sind im vollen Glauben unserer Bildung oder Unbildung auf die Kümmerexistenz von Medienprodukten reduziert worden (soweit wir es nicht schon vorher waren). Die Entmächtigung unserer Sinne zwingt uns in die Lage, das Diktat der Informationen hinzunehmen, sie bestenfalls im Wechselspiel der Widersprüche zu relativieren, was aber auch keinen Vorteil bedeutet, da es nur das allgemeine Nichtwissen im Angesicht der Gefahr und damit das Ausgeliefertsein an sie zu Bewußtsein bringt.

Parallel mit dem Verlust der Sinnessouveränität hat sich auch ein Zusammenbruch des alltäglichen Wissens ereignet. Unser Wissen der Gefahrenabwehr ist, wie unsere gesamte Lebensführung, auf der Eigenständigkeit unserer Wahrnehmung aufgebaut und nun entwertet. Dies läßt sich in alle Einzelheiten hineinverfolgen. Herausgegriffen von den Massenmedien wurden ja nur Symbole: Sandkasten, Muscheln, Wiesen, Salat. Ihnen kommt in gewisser Weise eine Blitzableiterfunktion zu: Die Konzentration der Angst auf sie hilft, die Allgegenwart der Verseuchung zu verdrängen. Und doch brach an ihnen hervor, was sehr wohl das Wort eines „anthropologischen Schocks“ verdient: Ohne Souveränität unserer Sinne ist der Traum von Privatheit, Rückzug, Nische ausgeträumt. Unsere Lebensformen und Vorstellungen von Individualität, „eigener Entscheidung“, „eigenem Leben“ beruhen auf einem ungebrochenen, persönlichem Zugriff auf Wirklichkeit. Wo wir von diesem abgeschnitten sind, werden wir mitten in der Hochblüte des Individualismus in eine *Kollektivexistenz* hineinversetzt, über die uns noch das Nichtwahrhaben-Wollen der Gefahr in der Intaktheit unserer Sinne hinwegtäuschen kann. Niemand ist so blind, wie der, der nicht sehen will. Dieser Satz gilt in gewandelter, gesteigerter Form: Niemand ist so gefahrenblind, wie der, der weitersehen will.

Ende des industriellen Fortschrittskonsens?

Die atomaren und chemischen Gefahren machen den Alltag „kopflös“. An die Stelle unserer Sinne treten aber keine „gesellschaftlichen Organe“ der Gefahrenwahrnehmung. Es bedeutet vielmehr das Ende jeglicher sinnlicher Wahrnehmung und den Beginn einer *gesellschaftlichen Konstruktion* von Gefahrenwirklichkeiten, die vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Diese beruhen alle auf dem komplementären Sachverhalt zur Entmündigung der Sinne: der Gleichsetzung von Information mit Wirklichkeit und der *Herstellung* von Wirklichkeit in der Informationsgestaltung und Informationspolitik. Wenn Tschernobyl ein Beispiel für mißlungene Informationspolitik war, dann graut mir vor dem Risikomanagement einer gelungenen Informationspolitik. Das Anwachsen der Gefahren und der öffentlichen Sensibilität für sie führt bei politischem Stillstand geradenwegs hinein in eine Inszenierung und Perfektionierung symbolischer, kosmetischer Umgangsformen mit Risiken. Man kann Grenzwerte vereinheitlichen und so den Konstruktionscharakter und das Auch-nicht-Wissen, das in ihrer Widersprüchlichkeit wenigstens noch aufschien, zum Verschwinden bringen. Man kann sie hochsetzen und damit Niveauverschiebungen in Verseuchungsgraden in Normalität verwandeln. Was heißt schon „gefährlich“? Es gab (bislang) in Folge von Tschernobyl keine Toten, keine Verletzten (in Mitteleuropa). Aber es gibt immer schon „natürliche“ Verseuchung, also keine Verseuchung. „Gefährlichkeit“ ist unter den Bedingungen wachsender Normalverseuchung eine Frage der *Festlegung*, die überdies im Wespennest zentraler wirtschaftlicher und politischer Interessen herumstochert. Diese Festlegungen bewegen sich dabei gleichsam befreit von der Schwerkraft der sinnlichen Gegenkontrolle ganz im wahrnehmungsfreien Raum der Konstruktionen und Interpretationen. Und dort, wo sich alles andere dem politischen Zugriff zu entziehen scheint, werden sie leicht zum Zentralhebel einer definitionspolitischen Nichtbewältigung der damit steigenden Gefahren.

Auf den ersten Blick findet eine solche Politik, die Handeln durch Semantik ersetzt, viele sie unterstützende Bedingungen vor. Mit dem Anwachsen und der Unentrinnbarkeit der Gefahren wird das sowieso der eigenen Wahrnehmung widersprechende Gefahrenwissen schier unerträglich. Was man nicht ändern kann, was die eigene Leistung auf dem Kopf stellt, von dem will man am Ende auch nichts mehr wissen. Doch diese Allianz mit der Unsinnlichkeit der Bedrohung ist äußerst labil. Risikogesellschaften sind im Mark ihrer Fortschrittssicherheit getroffen. Das Balancieren in Katastrophennähe mit unvorstellbaren Ausmaßen läßt *die Entscheidungsregeln des technologiepolitischen Fortschrittskonsens brüchig werden*.

Im Aufschwung der Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg griffen in der Bundesrepublik Deutschland (aber auch in anderen Industriestaaten) wirtschaftlicher, technischer und individueller Fortschritt evident ineinander. „Wirtschaftliches Wachstum“, „Produktivitätssteigerungen“, „technische Neuerungen“ waren nicht nur wirtschaftliche Zielsetzungen, die den Inter-

essen der privaten Unternehmen an Kapitalverwertung entsprachen, sondern führten, für jedermann sichtbar, zum Wiederaufbau der Gesellschaft und zu einer „Demokratisierung“ ehemals exklusiver Konsumchancen. In dieser Anhebung des Lebensstandards (übrigens bei relativer Konstanz in den Relationen sozialer Ungleichheit) finden auch die Negativeffekte der Technik (Dequalifizierung, Freisetzungs-, Umsetzungs-, Beschäftigungsrisiken, Gesundheitsgefährdungen usw.) immer schon ihre Rechtfertigung. Als „soziale Folgen“ der technologischen Entwicklung werden in den fünfziger und sechziger Jahren bezeichnenderweise Beeinträchtigungen - und zwar partikulare Folgeprobleme für bestimmte Gruppen angesehen und kontrovers diskutiert - nicht aber die technikvermittelten Gesellschaftsveränderungen insgesamt. Träger und Produzenten dieses technologiepolitischen Fortschrittskonsens sind die industriellen Konfliktpartner - Gewerkschaften und Arbeitgeber. Dem Staat kommen nur indirekte Aufgaben zu - eben das Abpuffern der „sozialen Folgen“ und das Eindämmen bzw. Kanalisieren der Risiken.

Alle tragenden Säulen dieses technologiepolitischen Fortschrittsmodells - Trennung von gesellschaftlichem und technischem Wandel, die Konsensformel: technischer Fortschritt gleich sozialer Fortschritt und die Primärzuständigkeit der Tarifparteien - sind in den vergangenen Jahren systematisch brüchig geworden. Die Konstruktion der „Latenz“ von Industrialisierungsfolgen ist durch Proteste, öffentliche Debatten, wissenschaftliche Forschungen ein für allemal zerbrochen. Die Katastrophen haben die Friedensformel von der Einheit von technischem und sozialem Fortschritt obsolet werden lassen. Parallel betreten Gruppen die Arena der technologiepolitischen Auseinandersetzungen, die im innerbetrieblichen Interessengefüge gar nicht vorgesehen sind. Nicht zufällig finden sich in den wieder aufgeflammtten Konflikten um Atomenergie und nukleare Wiederaufbereitungsanlage Gewerkschaften und Unternehmer, die Träger des bisher geltenden Technikkonsens auf den Zuschauertribünen wieder, während die Auseinandersetzungen in direkter Konfrontation von staatlichen Autoritäten und Bürgerprotesten ausgetragen werden - Akteure, die bei allen Gegensätzen eines gemeinsam haben: Technikferne, und die technische Vorhaben daher auch im Lichte ganz andersartiger Interessen, Ansprüche, Erfahrungen beurteilen. Dieser Wechsel zwischen Arenen und Kontrahenten entspricht zum einen der Stufe der Produktivkraftentwicklung, auf der risikointensive Großtechnologien - Kernkraftwerke, chemische Gifte - außerhalb des betrieblichen Spielregelsystems in ein direktes Wechselverhältnis zu sozialen Lebenswelten treten. Zum anderen drückt sich darin ein gewachsenes Interesse an politischer Partizipation aus, das auf dem Hintergrund durchgesetzter und wahrgenommener demokratischer Grundrechte in Widerspruch zu den bislang geltenden Regeln des technologiepolitischen Fortschrittskonsens gerät.²

² Zum Konsensverlust des Fortschrittsmodells siehe insbesondere Hans-Joachim Braczyk, Konsensverlust und neue Technologien - Zur exemplarischen Bedeutung des Konfliktes um die Wiederaufbereitungsanlage für die gesellschaftliche Steuerung technischen Wandels, in: Soziale Welt 2/3 1986. Die Veränderung der politischen Kultur im Zuge der Wahrnehmung demokratischer Grundrechte wird in bezug auf die Akzeptanz technologiepolitischer Entscheidungen ausführlich dargestellt in: Ulrich Beck, a. a. O., Kapitel VIII, S. 300 ff.

Schließlich versagt auch die Wissenschaft als Legitimationsquelle. Und dies nicht erst seit Tschernobyl, doch hier wurde es für die breite Öffentlichkeit erlebbar: Wir alle, auch die Experten, sind in Sachen atomarer Gefahr keine Experten. Wie Schuppen ist es vielen von den Augen gefallen (mein Optimismus ist unbegrenzt): Den kleinen Unterschied zwischen Sicherheit und *wahrscheinlicher* Sicherheit trennen Welten. Zugleich hängt an dieser Differenz das Weiterleben auf dieser Erde. Die Wissenschaften verfügen *nur* über die Autorität wahrscheinlicher Sicherheit. Ihr Kalkül bleibt auch dann wahr, wenn demnächst noch drei oder vier Kernkraftwerke hochgehen. Wir haben bisher in der Schemsicherheit des Fehlschlusses von wahrscheinlicher auf wirkliche Sicherheit gelebt. Mit dieser Seifenblase platzen aber Illusionen über die *technische* Kontrollierbarkeit der technischen Entwicklung, die diese bisher angeleitet haben. Das schürt die Frage, wie lange noch die Entwicklung ganzer Gesellschaften dem Wahrscheinlichkeitskalkül der Diplomingenieure überlassen bleibt.

Damit entsteht mehr und mehr eine brisante Situation: Die technisch-ökonomische Entwicklung verliert ihren kulturellen Konsens, und dies zu einem Zeitpunkt, wo die Beschleunigung des Wandels und die Reichweite seiner gesellschaftlichen Veränderungen ein historisch bislang beispielloses Ausmaß annehmen. Die damit notwendig werdende Debatte über *industriepolitische Gestaltungsalternativen der Zukunft* im Zeitalter der Atomspaltung, Universalisierung chemischer Gifte, Mikroelektronik usw. wird immer noch durch die Konzentration auf Folgen einzelner wechselnder Technologien zu vordergründig geführt. Es geht längst nicht mehr nur um Kernenergie und und und, sondern um die Frage, wie ein Stück mehr gesellschaftliche Souveränität über die Gesellschaft, die aus der ökonomisch geleiteten Technologieentwicklung entsteht, gewonnen werden kann. Es geht darum, wie Machtstrukturen und Entscheidungsregeln der technisch-ökonomischen Entwicklung, die ihre Konsensfähigkeit eingebüßt haben und durch keine Politik der Schlagstöcke wiedergewinnen werden, auf die Epoche technikvermittelter Gesellschaftsgestaltung, in der wir leben und die uns bevorsteht, umgestellt werden können.³

Das Ende der „anderen“

Noch reden unberufene Zungen vom „kommunistischen Reaktor“. Der Versuch, Technologie und politische Ideologie zusammenzuzwingen, verkehrt die Lehre, die die Erfahrung der jüngsten Katastrophen enthält, in ihr genaues Gegenteil. Not, Gewalt, Elend waren und sind selektiv. Sie bringen die soziale Hierarchie zur Geltung und setzen damit ihr Gegenteil voraus: Grenzziehungen der Nichtbetroffenheit, des Reichtums, der exekutiven Macht. Alles dies gilt für atomare und viele chemische Gefahren nicht mehr. Sie sind nichtselektiv, global, kennen die Unterschiede nicht, die unsere Welt bisher aufbauten: Arm

³ Siehe zu den Szenarien einer möglichen Zukunft ebd., S. 357 ff; wichtige Hinweise für *organisatorische* Vermeidung bzw. Eindämmung hochindustrieller Risiken auf *Systemebene* finden sich bei Charles Perrow, Lernen wir etwas aus den jüngsten Katastrophen? in: Soziale Welt Heft 4/1986.

und Reich, Gegensätze zwischen Kulturen, Nationen, Militärblöcken. Der Universalismus bedient sich eines eigentümlichen Mischungsverhältnisses von Natur und Gesellschaft - der Verseuchung - und ihr Regime entfaltet sich mit einem Grad von Zugewiesenheit, der alle unsere Machtbegriffe - Handlung, Steuerung, Entscheidung - aufhebt. Symbolisiert wird diese Hilflosigkeit durch das allgemeine Starren auf die *Atomwolke*. Zwei Militärblöcke stehen sich waffenstarr gegenüber. Grenzen werden gesichert durch modernste Technologien und Millionenheere. Und über alles dies hinweg, vom Schicksal des Windes bewegt, schwebt die Wolke, dieses eigentümliche, paradoxe Gemisch von Wetter und Geschichte und transportiert die atomare Verseuchung frei Haus in alle Winkel Europas.

In der entwickelten Moderne, die angetreten war, um die Beschränkungen durch Geburt aufzuheben und den Menschen über Entscheidungen und Leistungen eine Stelle im gesellschaftlichen Gefüge zu eröffnen, ist ein neuartiges *Gefährdungsschicksal* entstanden, aus dem es bei aller Leistung kein Entinnen gibt. Es ähnelt dem Ständeschicksal des Mittelalters eher als den Klassenlagen des 19. und 20. Jahrhunderts. Allerdings kennt es die Ungleichheit der Stände nicht mehr (auch keine Randgruppen, keine Unterschiede von Stadt und Land usw.). Anders als Stände oder Klassen steht es auch nicht unter dem Vorzeichen der Not, sondern unter dem Vorzeichen der *Angst* und ist gerade kein „traditionales Relikt“, sondern ein *Produkt* der Moderne, und zwar in ihrem höchsten Entwicklungsstand. Chemische und atomare Industrien - Gipfelpunkte menschlicher Produktiv- und Schöpferkräfte - sind *auch* zu Vorzeichen eines *modernen Mittelalters der Gefahr* geworden. Sie weisen Bedrohungen zu, die gleichzeitig den auf die Spitze getriebenen Individualismus der Moderne in sein extremes Gegenteil verkehren.

Die Gefahr hat auch unsere Vorstellungen von Raum und Zeit, Ursache und Wirkung aufgehoben. Was gestern noch „weit weg“ war, hegt heute und in Zukunft „vor unserer Haustür“ - zum Beispiel Tschernobyl, Basel. Kausalität kann sich über Jahrzehnte erstrecken. Die Wirkungen zeigen sich global, zeitlich versetzt und wiederum nur im Kampf um statistische Signifikanzen oder in der Tarnkappe der Vereinzelung. Nationalstaaten mögen zwar die Entscheidungen der technisch-ökonomischen Entwicklung in eigener Regie privat oder staatlich organisieren. In ihren Folgen und damit in den Schlüsselfragen der Sicherheit und Gesundheit der Bürger haben sie im Atomzeitalter ihre Kompetenz eingebüßt. Wer noch von den „inneren Angelegenheiten eines anderen Landes“ redet, denkt in Kategorien, die unsere Wirklichkeit nicht mehr greifen.

Darin liegt das Wesentliche: Es *gibt in atomaren Gefahrenlagen keine „anderen“ mehr*, hinter denen sich die eigene Gleichgültigkeit verstecken kann. (Auch hier entsteht Gleichgültigkeit. Sie hat aber einen aggressiven Impuls, ist Antwort, muß erst durch neue und vielleicht sogar glänzendere Rüstungen gepanzert werden.) Beispielsweise Mütter - historisch *die* unpolitischen Beschützerinnen des Lebens in den verbliebenen Schutzzonen der Pri-

vatheit - sind nun exponiert Betroffene. Ihre Kinder sind in Gefahr. Das Intimste - das Stillen des Kindes - und das Entfernteste, Allgemeinste - die Festsetzung von Grenzwerten, Energiepolitik etc. - sind nun plötzlich direkt miteinander verzahnt.

In vielen Bereichen gilt das alte Gesetz: Reichtümer sammeln sich oben, Risiken unten. Dies gilt weiter und doch für atomare und chemische Gefahren in einem bestimmten Sinne nicht mehr: Auch die Reichen und Mächtigen sind vor ihnen nicht sicher. Unter dem Dach von Zivilisationsgefahren kommt es mit dem Anwachsen des Bedrohungspotentials zur Einheit von Täter und Opfer. Dieser *Bumerang-Effekt* kennt viele Erscheinungsformen. Er muß sich nicht nur in direkter Bedrohung, er kann sich auch in übertragenen Medien: Geld, Besitz, Marktanteilen, Legitimation niederschlagen. Wo ein Atom- oder Kohlekraftwerk gebaut wird, fallen die Grundstückspreise. Stadt- und Industriegebiete, Autobahnen und Hauptverkehrsadern belasten die Erde in ihrer näheren Umgebung. Das Prinzip ist überall dasselbe: Besitz wird entwertet, in schleichenden oder galoppierenden Formen „ökologisch enteignet“. Was vergiftet ist oder als vergiftet gilt - für den sozialen und ökonomischen Wertverfall wird diese Unterscheidung fast unerheblich - mag gehören, wem es will. Es wird in den Händen der Besitzenden nutz- und wertlos. Wir haben es hier also mit einem Fall sozialer und ökonomischer Enteignung bei rechtlicher Besitzkontinuität zu tun. Die Entwertung wird oft von außen pauschal zugewiesen, ohne Zutun des Geschädigten und bei gleicher Arbeitsleistung und Produktqualität. Auf diese Weise entsteht ein systematisch sich verschärfender *Widerspruch* zwischen den Gewinn- und Besitzinteressen, die den Industrialisierungsprozeß vorantreiben und seinen vielfältig bedrohenden Konsequenzen, die auch Besitz und Gewinne gefährden und enteignen.

Dennoch bricht die Produktion von Risiken keineswegs mit der kapitalistischen Entwicklungslogik. Sie hebt diese vielmehr auf eine neue Stufe. Modernisierungsrisiken sind big business. Sie könnten der von den Ökonomen gesuchte unendliche Bedarf werden. Hunger kann man stillen, Bedürfnisse befriedigen. Zivilisationsrisiken sind ein Bedürfnis-Faß ohne Boden, unabgeschlossen, industriell herstellbar. Wenn man einen gewagten Vergleich nicht scheut, kann man sagen: In der Risikoproduktion hat der entwickelte Industrialismus die Zerstörungskräfte des Kriegs normalisiert. Ähnlich wie in Kriegen können bewußt werdende Risiken Überproduktionen und ganze bisher geltende Produktionsweisen „zerstören“ (Beispiele: abgasintensive Autos, Überschüsse der Landwirtschaft) - also auch Absatzkrisen überwinden und neue Märkte schaffen.

Entsprechend treffen Risikodefinitionen keineswegs - wie oft immer noch unterstellt wird - auf einheitliche Ablehnung in der Wirtschaft. Sie treiben vielmehr Keile in das wirtschaftliche Lager hinein. Es gibt immer Risiko *verlierer*, aber auch Risikogewinner. Die atomare Verseuchung schafft Arbeitsplätze in der Geigerzähler-Industrie. Wo der Genuß von Frischmilch und Blattspinat als gefährlich gilt, kungelt es in den Kassen der Trockenmilch- und Tief-

kühlkost-Industrie. Im historischen Vergleich gesprochen: Die politische Bewältigung der industriell bedingten Armut durch den Ausbau des Sozialstaates mußte gegen den Widerstand der privaten Investoren durchgesetzt werden. Dies ist das bleibende Verdienst der Arbeiterbewegung. Dieser Widerstand hatte seinen Grund in den einheitlich steigenden Lohn- und Lohnnebenkosten. Derartige Pauschalbelastungen *entfallen* für eine Politik der präventiven Risikobewältigung. Hier werden Kosten und neue Expansionschancen zwischen Produkten, Branchen und Firmen ungleich verteilt. Daraus ergeben sich wichtige Durchsetzungschancen für eine aktive Politik, die Risiken nicht nur symbolisch, sondern in ihren Ursachen bekämpft.

Es ist wahr, die Gefährdungen wachsen, aber sie werden politisch nicht umgemünzt in eine präventive Risikopolitik. Mehr noch: Es ist unklar, welche Art von Politik und politischen Institutionen dazu überhaupt in der Lage ist. Es entsteht zwar im Grenzfall eine der Unfaßlichkeit der Risiken entsprechende unfaßliche Gemeinsamkeit. Aber sie bleibt mehr Wunschbild als Realität. Für solche gruppenübergreifende Globalrisiken ist im Dschungel der korporatistischen Gesellschaft kein Platz: Lassen sich unsichtbare Allbetroffenheiten überhaupt politisch organisieren? Sind „alle“ politisch subjektfähig? Sind atomare Gefahren nicht eher Quellen, aus denen Sündenbock-Konstruktionen sich speisen? Steht nicht immer sichtbarer Reichtum gegen unsichtbare Risiken? Ist das ganze nicht ein *intellektuelles Hirngespinnst*, eine Schreibtisch-Ente der intellektuellen Bangemacher und Risikodramaturgen?

Risiken sind wirklich und unwirklich zugleich. Der Bürger muß noch nicht einmal wegschauen, um ihre Wirklichkeit zu leugnen. Die alltägliche Wahrnehmung der Risiken erfordert dagegen einen Bruch mit kulturleitenden Prinzipien: In den industriellen Gefahrenlagen (in denen wir von nun an auch mit Bewußtsein leben) muß man verlernen, seinen Sinnen zu trauen und lernen, seinen Sinnen zu *mißtrauen*, um überleben zu können. Das kommt als kulturelle Gesamtlage einem Rattenexperiment mit sich dauernd widersprechenden Reiz-Reaktionsabläufen sehr nahe. Auch wer das Fluchtloch seiner unveränderten Wahrnehmung benutzt, sieht sich plötzlich in Glaubenskonflikte hineinversetzt, die mit den Mitteln des Alltags gerade nicht zu schlichten sind. In dem Widerspruch zwischen Weiterleben und Gefahrenwahrnehmung wuchern alltägliche und politische Rigidisierungen und Fanatisierungen. Man muß abschotten - nicht mehr zuhören, andere verteufeln, verdammen - mit dem „Recht“ der Gefahrenabwehr und zum Schütze des eigenen und des Lebens auf dieser Erde.

Ausblick

Gerade in der industriellen Risikogesellschaft, deren Konturen hier bewußt werden, entstehen mit dem Anwachsen der Gefahren völlig *neuartige Herausforderungen an die Demokratie*. Sie enthält eine Tendenz zum „legitimen“ Totalitarismus der Gefahrenabwehr - und zwar von unten *und* von oben. Mit dem Recht das eine Schlimmste zu verhindern, wird hier in nur allzu bekannter

Manier leicht das andere Noch-Schlimmere geschaffen. Dies gilt auch und gerade für die vorherrschende Praxis des „Weiterwursteins“ - vornehm „Reindustrialisierung“ genannt -, die systematisch Politik mit Informationspolitik verwechselt. Auch die noch so geschickte Inszenierung von „Erfolgsparametern“ („Bekämpfung“ des Schwefeldioxydgehaltes bei freier Fahrt für viele andere Gifte) droht mit ihren Erfolgen bei Gelegenheit der nächsten Katastrophe in ihr Gegenteil umzuschlagen: nicht Beruhigung, sondern Entsicherung der Gesellschaft. Und die Sehnsucht nach der „starken Hand“ wächst in dem Maße, in dem man die Welt um sich herum ins Wanken geraten sieht.

Doch auch die Gegenforderung nach einem *ökologisch gewendeten* Wohlfahrtsstaat, mit dem in Analogie zur Bekämpfung der Armut nun der Kampf gegen hochindustrielle Risiken in einen Ausbau politischer Handlungsmöglichkeiten und demokratischer Schutzrechte umgemünzt werden soll, hat ihre Tücken. In der scheinbaren Logik der Gefahrenabwehr hegt es, nun alles wissenschaftlich-autoritär-bürokratisch zu kategorisieren, ein- und anzuordnen. Einen Vorgeschmack geben die „Umwelt-Weisen“ der Bundesregierung, die in ihrem Sondergutachten über die „Situation der Landwirtschaft“ (Bonn 1985) „erlaubnispflichtige Düngegenehmigungen“, „verbindliche Düngepläne mit konkreten Bestimmungen über Art, Ausmaß und Zeitpunkt der Aufbringung“ fordern sowie, dem entsprechend, ein differenziertes System der „Umweltüberwachung“ und eine „Korrektur und Weiterentwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen“.

Ohne den Anspruch, damit den Schlüssel zu allen Problemen zu liefern, möchte ich doch wenigstens mit einem Denkanstoß schließen. Warum nicht die vielbeschworene und arg strapazierte „Selbstverantwortung“ in Richtung auf die Institutionalisierung von *Selbstkritik* erweitern! Das heißt: Das, was bisher mühsam und vereinzelt gegen die Dominanz des betrieblichen Managements und der Professionen gewagt wird, wäre institutionell abzusichern: *innerbetriebliche, innerberufliche, innerwissenschaftliche Auseinandersetzungen um die Risiken eigener Entwicklungen*. Nur dort, wo Chemie gegen Chemie, Atomphysik gegen Atomphysik, Medizin gegen Medizin, Informationstechnik gegen Informationstechnik steht, kann nach außen hin einsehbar und beurteilbar werden, welche Zukunft hier in der Retorte ist.

Die Ermöglichung von Selbstkritik in allen Formen ist nicht etwa eine Gefährdung, sondern der wahrscheinlich einzige Weg, auf dem der Irrtum, der uns sonst früher oder noch früher die Welt um die Ohren fliegen läßt, vorweg entdeckt werden könnte. Viel wäre schon gewonnen, wenn die Vorschriften, die Menschen zu Meinungsklaven für die einen machen, für die sie arbeiten, abgebaut würden. Dann wäre es auch möglich, daß Techniker über ihre Erfahrungen in den Betrieben berichten und die Risiken, die sie sehen und produzieren, wenigstens nicht am Werkort vergessen müssen. Hier liegt zweifellos auch eine neue wichtige Aufgabe der Gewerkschaften. Ähnlich wie das Streikrecht wäre-im Interesse der Allgemeinheit -das *Recht auf betriebs- und professionsinterne Technikkritik* zu erkämpfen und zu sichern. Diese Institutionalisierung

rang von Selbstkritik ist deswegen so wichtig, weil in vielen Bereichen ohne entsprechenden Know-how weder die Risiken noch Wege ihrer Vermeidung erkannt werden können.